

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt
von
Tristan Abromeit

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.8

(30 +1 Seiten)

Hans Oberth

Eine Lanze für die Erneuerung des Geldwesens

Teilkritik

an

Gold oder Papier?

von

Reichsbankdirektor Dr. Franz Döring
mit einem Geleitwort von
Dr. Hjalmar Schacht
Präsident der Reichsbank

1934

Hans Oberth.

Eine Lanze

für die

Erneuerung des Geldwesens

Teilkritik

an

Gold oder Papier?

von

Reichsbankdirektor Dr. Franz Döring

mit einem Geleitwort von

Dr. Hjalmar Schacht,

Präsident der Reichsbank.

Hans Oberth.

Eine Lanze

für die

Erneuerung des Geldwesens



Teilkritik

an

Gold oder Papier?

von

Reichsbankdirektor Dr. Franz Döring

mit einem Geleitwort von

Dr. Hjalmar Schacht,

Präsident der Reichsbank.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von Karl Feder & Co., Mediasch (Siebenbürgen) 1934.

In deutschen Landen soll in Zukunft niemand unverschuldet frieren oder hungern. Niemandem soll die Sorge um das tägliche Brot den Schlaf rauben. Solange nicht alle frieren, nicht alle hungern, soll keiner frieren, keiner hungern. Das ist unser Begriff von völkischer Zusammengehörigkeit.

Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung.

Geleitwort.

Allzu häufig geschieht es, daß Menschen die Freiwirtschaftslehre abfällig kritisieren, oder gar mitleidig belächeln, die sich bei eindringlichem Studium derselben ihrer zwingenden Logik nimmermehr hätten entwinden können.

Daß solches keineswegs nur bei Laien, sondern ab und zu sogar bei einem Direktor der Reichsbank vorkommen kann, hat der Verfasser der vorliegenden Schrift, Dr. Hans Oberth, in lichtvoller Weise schlagend nachgewiesen.

Meine umfangreichen persönlichen Erfahrungen bezüglich der Aufklärung über das Wesen der Freiwirtschaft haben mir immer von neuem gezeigt, welch' bedeutende Fähigkeit zum Umdenken diese Lehre beim Aufzuklärenden voraussetzt; zumal wo es sich um das diesbezüglich schon einigermaßen verbildete Hirn eines zünftigen Volkswirtschaftlers handelt.

Wer aber den klar vorgetragenen Ausführungen des Verfassers dieser Schrift — zumal jenen über das Zinsproblem — mit gebührender Aufmerksamkeit folgt, wird deren Hieb- und Stichfestigkeit erkennen und zugeben müssen, daß hier u. a. der einzig gangbare Weg zur „Brechung der Zinsknechtschaft“ so hell erleuchtet wird, daß hinsichtlich der diesbezüglichen Wegwahl kein Zweifel mehr bestehen bleiben kann.

Darum sollte jeder Volkswirtschaftler, nicht minder aber auch jeder gebildete Laie, diese hochwertige Arbeit des Verfassers möglichst unter diesem Gesichtspunkt eingehend studieren; denn soferne es sich um Volkswirtschaft handelt, stehe ich nicht an zu behaupten: „Der Uebel größtes ist — der Zins!“

Nieder-Lindewiese, im Mai 1934.

Peter Westen
Großindustrieller.

Vorwort des Kritikers.

Wenn ich auch im allgemeinen weit mehr auf schöpferische Arbeit, denn auf Kritik eingestellt bin, so kann ich mich dennoch der Notwendigkeit nicht ganz verschließen, ab und zu Unkraut zu jäten, wo dessen allzu üppiges Wachstum das Gedeihen der Kultur ernsthaft gefährdet.

Geradezu unverantwortlich aber erschiene es mir, demjenigen nicht mit aller Energie hindernd in den Weg zu treten, der sich eben anschickt, Unkrautsamen mit vollen Händen über den ganzen Acker auszustreuen; zu einer Zeit, da die Keimlinge der Edelsaat noch ganz jung und daher so empfindlich sind, daß sie durch den möglicherweise üppig aufschießenden Fremdwuchs in ihrer Entwicklung entscheidend gehemmt und gestört werden könnten.

Ein solcher Fall der Notwendigkeit raschen und energischen Eingreifens, im Sinne einer zum Teil noch prophylaktischen Schädlingsbekämpfung, scheint mir durch die Veröffentlichung des im Titel näher bezeichneten Bändchens „Gold oder Papier?“ auf dem deutschen Büchermarkt gegeben; zumal dasselbe in der Schriftenreihe „Das neue Reich“ von der Deutschen Akademie herausgegeben wurde, sodaß ihm schon dieser Ursprung — ganz abgesehen von der Autorität seines Verfassers — eine bedenkliche Aufnahmereifeitschaft von vorneherein sichert.

In gewissem Sinne allerdings ist das Erscheinen des Bändchens zu begrüßen; weil die Leitung der Reichsbank darin endlich einmal ihre Ansichten über eine Reihe wichtiger Währungsfragen einigermaßen systematisch zu Papier gebracht und dadurch willkommene Gelegenheit gegeben hat, ihre teils irrigen, teils irreführenden Doktrinen mit Aussicht auf Erfolg kritisch anzugreifen; was bei der bisherigen Gepflogenheit mehr-weniger nebelhafter Phraseologie kaum möglich war.

Ich habe meine Kritik einstweilen auf die drei Seiten (40—43) füllenden Äußerungen des Autors über Indexwährung und „Schwundgeld“ beschränkt; gebe aber dafür den kritisierten Text (in großem Schwarzdruck) lückenlos und wortgetreu wieder; teils um dem Leser die Bildung eines richtig basierten eigenen Urteils zu ermöglichen, teils um mich von vorneherein gegen jeden Vorwurf einer (etwa durch tendenziöse Auslassungen herbeigeführten) Entstellung des kritisierten Textes zu sichern.

Sollte ich etwa in meinem Eifer für die große Sache, die vertreten zu können ich mich glücklich schätze, stellenweise — was die Form anbelangt — allzu scharf ins Zeug gegangen sein, so würde ich diesen Umstand aufrichtig bedauern und würde als Buße dafür etwaige Härten einer ebenso aufrichtig gemeinten Gegenkritik klaglos entgegennehmen. Sollte aber eine solche in absehbarer Zeit überhaupt nicht erfolgen, so könnte ich daraus nur den Schluß ziehen, daß sich der Autor der kritisierten Veröffentlichung in allen wesentlichen Punkten geschlagen gibt und einstweilen bemüht ist, seine irrigen Ansichten richtig zu stellen.

Diesfalls würde ich ihm empfehlen, zunächst seinen grundlegenden Fehler auszuschalten, der den Wert dieses Teiles seiner Arbeit von vorneherein illusorisch machen mußte; ein Fehler, der m. E. darin bestand, daß er die Inderwährung u. das „Schwundgeld“ getrennt und jeweils ohne Rücksicht auf eine gleichzeitige Mitwirkung der anderen dieser beiden Maßnahmen betrachtet und behandelt hat, was ihn zu dem entscheidenden Fehlschluß verleitete, daß sowohl die eine, als auch die andere dieser Maßnahmen zur Verwirklichung einer dauernd gesunden Volkswirtschaft untauglich sei. Hätte er indes — wie es richtig gewesen wäre — beide Maßnahmen in gemeinsamer Wirksamkeit betrachtet, so wäre wohl auch er zu dem einzig richtigen Schlusse gelangt, daß beide zusammen ihr gemeinsames Hochziel bei freispielandem Wechselkurs unbedingt erreichen würden.

Denn gleichwie weder der Mann allein, noch das Weib allein, wohl aber beide zusammen, zur Erzeugung neuen Lebens fähig sind, so ist weder die Inderwährung allein für sich, noch auch das „Schwundgeld“ allein für sich, wohl aber beide zusammen, bei freispielandem Wechselkurs durchaus tauglich zur Ankurbelung und Inanghaltung einer krisenfreien Volkswirtschaft.

Media sch, im Mai 1934.

Dr. Hans Oberth.

Eine Lanze

für die

Erneuerung des Geldwesens

gegen

Gold oder Papier?

Dr. Döring:

Die letzte große Gruppe der Geldreformer, der wir uns jetzt zuwenden wollen, ist wohl die bedeutendste und ihr System das in letzter Zeit am meisten besprochene.

Dr. Dberth:

Leider immer noch nur besprochen. Und doch wäre es hohe, ja höchste Zeit, dasselbe zumindest einem ernstem wissenschaftlichen Studium zu unterziehen.

Statt dessen aber sind die für jeden, der lernen wollte, äußerst lehrreichen Versuche von Schwandenkirchen, Wörgl zc. mit der diesem Ideenkreis zugehörigen Besteuerung des Zahlungsmittelbesitzes (Schwundgeld) allenthalben auf Betreiben der bezüglichen Notenbanken (mit Rücksicht auf von Haus aus jeder Vernunft hohnsprechende Verträge) ohne nähere Prüfung ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung unterdrückt worden. Wenn auch unumwunden zugestanden werden muß, daß eine bloß teilweise Anwendung der sich in ihrer Wirkung gegenseitig ergänzenden freiwirtschaftlichen Maßnahmen auf ein kleines, nach allen Seiten hin offenes Wirtschaftsgebiet, ohne den Rückhalt einer Exekutivgewalt, naturgemäß auch nicht im entferntesten derartige volkswirtschaftliche Erfolge zu erzielen vermag, als wie das von der Anwendung ihrer Gesamtheit auf ein größeres und vor allem mehr oder weniger abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet — wie es z. B. jedes Staatsgebilde darstellt — das außerdem über die nötige Exekutivgewalt verfügt, mit Sicherheit zu erwarten wäre, so haben die oben genannten kleinen Versuche doch immerhin Erfolge gezeitigt, die die Aufmerksamkeit der ganzen Welt in einer Weise zu erregen vermochten, daß z. B. Monate hindurch allenthalben vom „Wunder von Wörgl“ gesprochen und geschrieben wurde.

Sie strebt an Stelle der Goldwährung eine In-der-Währung an. Im einzelnen sind die Vorschläge ziemlich verschieden, der gemeinsame Grundgedanke ist etwa folgender: Das Ziel einer richtigen Währungspolitik muß sein, den Geldwert unverändert zu erhalten, also dafür zu sorgen, daß man für eine

Reichsmark heute ebensoviel wie in einem Monat, einem Jahr oder in zehn Jahren kaufen kann. Dieses Ziel sei mit der Goldwährung nicht zu erreichen; sie vermöge Konjunkturschwankungen und Krisen mit ihren mehr oder weniger großen Preisschwankungen nicht zu verhüten. Die Währungspolitik soll sich daher nicht mehr an den Goldbewegungen, sondern an den Preisen selbst orientieren. Da es nun Tausende von verschiedenen Preisen gibt, ermittelt man mit Hilfe ziemlich verwickelter mathematischer Methoden einen Durchschnitt aus möglichst vielen Preisen. Dieser Normalpreis, Preismaziffer oder Preisindex soll der Notenbank die Richtschnur für ihre Währungspolitik geben. Die Notenbank soll durch entsprechend vermehrte oder verminderte Notenausgabe dahin wirken, daß die an einem solchen Index gemessenen Preise stets unverändert bleiben. Ob das Ziel, das sich die Indexwährung gesteckt hat, ohne jede Einschränkung erstrebenswert ist, soll hier gar nicht untersucht werden.

Dieser letztere Satz -- von einer Autorität ausgesprochen, oder auch nur unbeanstandet gelassen -- ist geeignet, Zweifel rege zu machen, die diesfalls völlig unbegründet sind. Niemand -- außer etwa nichtsnutzigen Spekulanten -- kann am Ziel der Indexwährung etwas auszusetzen haben.

Uns soll nur interessieren, ob es sich mit den Mitteln der Indexwährung besser erreichen läßt, als mit denen der Goldwährung.

Daß ein dauernd gleichbleibender Preisstand mit den Mitteln der Goldwährung niemals erreicht worden ist, lehrt die Geschichte.

Daß dieses unanzweifelbare Hochziel, an dessen Erreichung (nicht nur) das deutsche Volk mit seiner Existenz interessiert ist, auch beim besten Willen und bei größter Geschicklichkeit nicht hätte erreicht werden können und niemals erreicht werden wird, sofern die Goldwährung mit ihrem streikfähigen Gelde bestehen bleibt, lehren die Freiwirte und ist für Sachkenner selbstverständlich; weil exzessive Schwankungen des allgemeinen Preisstandes im Sinne von Deflation und Inflation unvermeidliche Begleiterscheinungen der mengenmäßigen Begrenzung streikfähigen Bargeldes (durch einen Goldstandard) sind.

Daß endlich die Indexwährung -- wenn auch nicht für sich allein, sondern nur im Vereine mit einem freispielenden Wechselkurs und einer richtig dosierten Besteuerung (Schwundgeld) oder auch nur Steuerbedrohung des Bargelddesitzes -- das Hochziel eines dauernd gleichbleibenden Preisstandes mit all' seinen Segnungen nicht nur besser, sondern voll und ganz und endgültig erreichen kann, das wird die Zukunft lehren; und die

Herren der Notenbanken würden gut daran tun, sich rechtzeitig dieses Besseren belehren zu lassen, damit sie nicht das (keineswegs beneidenswerte) Schicksal ereile, das ihnen längst schon satzsam gebührt.

Hier erhebt sich zunächst die Frage, ob die Notenbank überhaupt in der Lage ist, das Preisniveau gewissermaßen diktatorisch zu beherrschen.

Diese Frage ist leicht beantwortet: Ohne Indexwährung mit freispielandem Wechselkurs und richtig dosierter Besteuerung (Schwundgeld) oder auch nur Steuerbedrohung des Bargeldbesitzes, gewiß nicht; mit Hilfe dieser Maßnahmen aber leicht und sicher. Falls sich indes die Notenbank aus irgendwelchen Gründen dennoch hierzu untauglich — weil etwa unwillig — erweisen sollte, nun, so wird eben vermutlich der Staat — nach Verstaatlichung der Notenbank — die Durchführung dieser lebenswichtigen Aufgabe selbst übernehmen.

Wir haben oben gezeigt, daß die Geldmenge jeweils in richtigem Verhältnis zu den Wirtschaftsumsätzen stehen muß.

Wenn das richtig und wichtig ist — und es ist ebenso richtig als wichtig — warum sorgt dann die Notenbank nicht für die Befriedigung dieses lebenswichtigen Bedürfnisses? Kann sie nicht? Dann muß sie weg! Will sie nicht? Dann muß sie erstrecht weg, um einem fähigeren und willigeren Währungsamt ihren Platz zu räumen; denn bei Sachkenntnis und gutem Willen ist es unter allen Umständen möglich — selbst im Krieg — den Geldumlauf jeweils den Bedürfnissen der Volkswirtschaft anzupassen.

Das bedeutet nicht, daß die Geldmenge etwa gleich der Warenmenge sein müsse;

Dieser Satz wird ewig unverstündlich bleiben. Was hat sich der Autor eigentlich dabei gedacht?

denn es leuchtet ein, daß sehr viel darauf ankommt, wie oft ein einzelnes Geldstück, eine Banknote oder ein Bankguthaben seinen Besitzer wechselt. Wie oft es in einem bestimmten Zeitraum zum Kauf von Waren verwendet wird, oder anders ausgedrückt, mit welcher Geschwindigkeit das Geld umläuft.

Sehr richtig! Hier liegt, von den Wirtschaftsführern leider bisnoch unbemerkt, der Schlüssel zu dem angeblich so schwer zu lösenden Problem der Arbeitbeschaffung.

Denn jedesmal, wenn ein Geldzeichen seinen Besitzer wechselt, gibt es seiner Zahl- und Kaufkraft entsprechend unmittelbar oder mittelbar Arbeit und Verdienst. Es leuchtet also ein, daß es von diesem Standpunkt aus bloß darauf ankommt, das Geld in flotten Umlauf zu setzen und darin zu erhalten; was durch richtig dosierte Besteuerung, oder auch nur Steuerbedrohung des Bargeldbesitzes leicht und sicher zu erreichen ist. Freilich hat diese Maßnahme im Verein mit der Indexwährung und einem

freispielenden Wechselkurs die, für die nichtsnutzigen Kapitalisten fatale, für das arbeitende Volk aber um so segensreichere Folge, daß der Zins allmählich zur Gänze in die Arbeitslöhne — diese verdoppelnd — übergeht. Falls der Autor etwa — wenn auch nur von Amts wegen — daran zweifeln sollte, so bin ich jederzeit gerne bereit und in der Lage, die Richtigkeit dieser Behauptung schlagend nachzuweisen.

Diese Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verändert sich in normalen Zeiten wenig.

Das ist richtig; aber nicht weniger richtig (und dabei viel aufschlußreicher) wäre die Feststellung gewesen, daß eine gleichbleibende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes normale Zeiten bedingt.

Immerhin ist es allgemein bekannt, daß das Geld in der Hochkonjunktur, in „guten Zeiten“, schneller rollt, als in der Depression, in „schlechten Zeiten“.

Auch das stimmt. Aber daß eine erhebliche Umlaufgeschwindigkeit des Geldes Hochkonjunktur, oder mit anderen Worten „gute Zeiten“ bedingt und darum „schlechte Zeiten“ durch eine beträchtliche Beschleunigung allzuträgen Geldumlaufes in „gute Zeiten“ übergeführt werden können, scheint leider selbst den Herren von der Reichsbank noch unbekannt zu sein.

In Krisenzeiten kann sich die Umlaufgeschwindigkeit sogar gewaltig verringern, wenn nämlich viele Leute ihre Einlagen von den Banken und Sparkassen bar abheben und das Geld zuhause aufbewahren, „hamstern“ oder „horten“.

Stimmt ebenfalls; doch weiß das heute gewissermaßen schon jedes Kind. Interessanter und lehrreicher wäre es darum zweifellos gewesen, wenn der Autor angegeben hätte, durch welche Umstände Krisenzeiten eingeleitet werden. Da er das aber nun einmal — sei es aus welchen Gründen immer — unterlassen hat, so fühle ich mich veranlaßt, diese empfindliche Lücke selber auszufüllen, indem ich nachzuweisen versuche, daß und warum beim heutigen streikfähigen Gelde „gute Zeiten“ unter allen Umständen immer wieder „schlechte Zeiten“ gebären müssen; des weiteren, daß solches bei besteuertem (Schwundgeld), oder auch nur steuerbedrohtem Gelde, freispielendem Wechselkurs und Indexwährung keineswegs geschehen würde.

Wenn nämlich bei (längere Zeit hindurch anhaltender) guter Konjunktur die Bevölkerung infolge ihres wachsenden Wohlstandes vom Leihkapital soweit unabhängig geworden ist, daß der Bruttozins des Leihgeldes unter drei bis zwei Prozent zu sinken beginnt, dann ist das Geldverleihen weiterhin nicht mehr rentabel; denn die zwei bis drei Prozent bilden als Äquivalent der unvermeidlichen Verwaltungskosten, sowie der Risikoprämie, Wastposten des Verleihgeschäftes; sodasß diesfalls der Nettozins — also der mögliche Nutzen des Geldverleihers — gleich Null ist.

Angeichts solcher Sachlage ziehen zunächst die großen Geldverleiher (Geldkapitalisten) — nicht etwa aus teuflischer Schlechtigkeit, sondern auf Grund nüchternen und privatwirtschaftlich durchaus richtiger Erwägung — ihr Geld aus der Produktion zurück, um es größtenteils in ihren Tresors zu verschätzen. Um so eher tun sie das, als die Möglichkeit einer allzu-

geringen Einschätzung des Risikos immerhin eine Verlustgefahr für das Leihgeld involviert, während für Schahgeld eine solche einstweilen überhaupt nicht besteht. Irgendwelcher Schaden ist unter den gegebenen Umständen mit dem Verschähen von Bargeld für den Kapitalisten keinesfalls verbunden, da ja das Ausleihen ohnehin keinen Nutzen mehr erbringen würde und das kapitalistische Geld prinzipiell weder einer Besteuerung, noch auch nur einer Steuerbedrohung, oder sonst irgendwelcher Wertverminderung ausgesetzt ist. Darüber hinaus aber mag mancher große Geldverleiher bereits aus persönlicher Erfahrung oder, wenn das auch nicht, so aus dem Studium der Geschichte wissen, daß er nunmehr mit einem gewaltigen Kaufkraftzuwachs seines verschähten Geldes rechnen kann, der den momentanen Ausfall jeglichen Zinsertragnisses mehr als wegt macht.

Da nun aber zu Zeiten guter Konjunktur (bis zu dem obgenannten kritischen Zeitpunkt) alles Geld mit großer Geschwindigkeit kauslustig umläuft, also zur Gänze Nachfrage darstellt, so bedeutet der ziemlich plötzlich eintretende Rückzug großer Leihkapitalien in die Tresors der Geldverleiher eine wesentliche Verringerung der Nachfrage gegenüber dem zu dieser Zeit noch lawinenartig weiterwachsenden Warenangebot. Was ist die Folge? — Was kann nach dem ehernen Gesetz von Angebot und Nachfrage die einzig mögliche Folge sein? — Die bisher noch sprunghaft steigenden Preise beginnen nach kurzem Stillstand allgemein zu sinken. — Die Deflationskrise ist eingeleitet; und entwickelt sich nach dem ihr (gleich der Inflation) innewohnenden Gesetze der Wechselsteigerung unaufhaltsam weiter, bis zu heute beobachtbaren Elendszuständen und darüber hinaus, bis — sie endlich auf dem Trümmerhaufen der Kultur verendend eine neue Konjunktur gebiert; die aber — unter dem Anstern der Goldwährung erwachsen — auf dem vom Niederbruch zahlloser Existenzen gekennzeichneten Weg über eine Inflation abermals in eine Deflation ausmündet; wenn nicht freiwirtschaftliche Maßnahmen dem unseligen Auf und Nieder für immer Einhalt gebieten.

Aber auch bei vollständiger Ausschaltung des heutigen Kreditwesens aus dem Wirtschaftsleben — etwa durch Verweigerung der staatlichen Exekutivgewalt für Eintreibung von Schuldforderungen — könnten die eben geschilderten, verhängnisvollen Konjunkturschwankungen, bei mengenmäßiger Begrenzung des Geldvorrates durch einen Goldstandard, nicht verhütet werden, da letztere nicht etwa nur — wie man zunächst glauben möchte — die Entwicklung des Wirtschaftsvolumens über ein gewisses Maß hinaus verhindert, sondern notwendig bedingt, daß die Wirtschaft jedesmal unter den Erscheinungen einer Deflationskrise erkranken und nahezu zu einem Nichts zusammenschrumpfen muß, sobald sie bei ihrer naturgegebenen Expansion an das unüberwindliche Hindernis des wider natürlichen Goldrahmens stößt.

Innerhalb dieses starren Goldrahmens lebt und wächst die Wirtschaft, zunächst gewissermaßen in einem elastischen Medium: der veränderlichen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Solange die Elastizität dieses Mediums nicht vollständig aufgezehrt ist, d. h. solange die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ihr mögliches Höchstmaß noch nicht erreicht hat, geht alles gut; denn die durch den Goldstandard absolut begrenzte Geldmenge kann virtuell noch immer zunehmen; und es kann daher die Nachfrage mit dem wachsenden Warenangebot noch immer Schritt halten. Sobald aber die Umlaufgeschwindigkeit ihr Höchstmaß erreicht hat, kann die Nachfrage — bei Wahrung des Goldstandards — unter keinen Umständen mehr zunehmen, während das Warenangebot zu dieser Zeit noch lawinenartig weiterwächst. Was aber hat das zur Folge? — Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage müssen die Preise unaufhaltsam sinken. — Damit aber ist die Deflationskrise eingeleitet, die wir ja leider alle aus Erfahrung kennen.

Doch selbst zur Zeit, da es weder eine Kreditwirtschaft im heutigen Sinne, noch auch Papiergeld gab, sondern nur Gold- und Silbermünzen noch galten, war die Wirtschaft keineswegs von Krisen verschont; denn das Geld war damals durch den jeweils verfügbaren Vorrat an diesen Edelmetallen mengenmäßig begrenzt. Wohl konnte auch damals die absolut gegebene Geldmenge durch Zunahme der Umlaufgeschwindigkeit virtuell gewaltig zunehmen, aber doch eben nur bis zur Grenze ihres Höchstmaßes. Dann mußte die Nachfrage hinter dem weiterwachsenden Warenangebot notwendig zurückbleiben, die Preise mußten sinken, die Deflationskrise war da. — Beschleunigt und verschärft wurde dieselbe dazumal (außer der auch damals üblichen Verschärfung) hauptsächlich durch den Umstand, daß zur Zeit der guten Konjunktur die zunehmend reicher werdenden Nugnießer derselben in beträchtlichem Maße Gold- und Silbermünzen (also Geld) zu Gebrauchsgegenständen verarbeiten ließen; was eine empfindliche Verknappung des Geldumlaufes mit der Wirkung einer Herabsetzung der Nachfrage und damit des Preisstandes zur Folge hatte. Behoben wurde dazumal die Krise und abermals in gute Konjunktur übergeführt meistens entweder durch bedeutendere Edelmetallfunde, oder aber dadurch, daß infolge der krisenbedingten allgemeinen Verarmung, ein beträchtlicher Teil der edelmetallenen Gebrauchsgegenstände abermals eingeschmolzen, ausgemünzt und als Geld in Verkehr gebracht wurde, wodurch die umlaufende Geldmenge derart vermehrt wurde, daß die Nachfrage das bereits minimal gewordene Warenangebot überflügelte und darum die Preise abermals zu steigen begannen.

Auf diese Umlaufgeschwindigkeit hat nun die Notenbank kaum einen Einfluß, sie kann niemandem vorschreiben, wie schnell er sein Geld umsetzen soll;

Diese klägliche Ohnmacht besteht tatsächlich; jedoch nur bis zur Einführung eines Umlaufzwanges für das Bargeld durch Besteuerung, bzw. Steuerbedrohung des Bargeldbesitzes. Alsdann ist das Tempo des Geldumlaufes nurnmehr eine Frage der vom Willen des Währungsamtes abhängigen Dosierung der Bargeldbesitzsteuer (=drohung).

ja, sie ist nicht einmal in der Lage, die Umlaufgeschwindigkeit einigermaßen sicher zu messen.

Das ist kein Nachteil; denn mit Hilfe der Bargeldbesitzsteuer (=drohung) kann (und muß) man es daher auch erreichen, daß das Geld stets mit annähernd maximaler und demnach gleichbleibender Geschwindigkeit umläuft. Sodann ist ein Maßstab für die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wohl entbehrlich. Uebrigens ist diesbezüglich bereits der Vorschlag gemacht worden, die jeweilige Durchschnittsgröße der Transaktionen einer Großbank als Maßstab für die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu verwenden; doch bedarf dieser Vorschlag noch der Nachprüfung.

Dem will man mitunter

Sollte richtiger heißen: . . . kann man jederzeit mit Sicherheit . . .

durch die Einführung eines „Schwundgeldes“ abhelfen. Man will Noten einführen, die dauernd an Wert verlieren, d. h. eine heute ausgegebene Note über 10 Reichsmark soll in einem Jahre nur mehr 9 oder 9,50 RM wert sein.

Es ist auch möglich — unbeschadet des Effektes den Nennwert der (Frei-) Geldzeichen unverändert zu erhalten, indem der „Schwund“ jeweils am Stichtage der Bargeldbesitzsteuer von den augenblicklichen Inhabern der Geldzeichen durch Aufkleben von staatlichen Steuerstempelmarken wettgemacht wird.

Näher auf das Schwundgeld einzugehen, lohnt sich kaum,

Das ist eine starke Behauptung! Ich kenne kaum etwas, was sich mehr lohnen würde! — Und zwar auch im wohlverstandenen Interesse der Kapitalisten! —

da der ganze Gedanke auf einer völlig unhaltbaren Vorstellung über das Wesen des Zinses beruht.

Dieser Versuch des Autors, mit solcher Leichtigkeit über das Zinsproblem — das Herzstück des Kapitalismus — hinwegzugleiten, läßt tief blicken. Will es der Autor nicht wahr haben, daß „Zinswirtschaft“ und „Kapitalismus“ identische Begriffe sind? Wenn er aber — zwar nicht glaubt (denn das muß ich als Kenner der einschlägigen Materie bei einem Manne seines Kalibers für völlig ausgeschlossen halten), aber — glauben machen will, daß die Vorstellung der Vertreter des „Schwundgeldes“ vom Zins völlig unhaltbar seien, warum führt er sie nicht wenigstens an, damit sich auch andere ein eigenes Urteil darüber bilden könnten und warum macht er auch nicht den leisesten Versuch, sie eines Besseren zu belehren, indem er zumindest die seinerseits vertretene — angeblich richtigere — Vorstellung von diesem Massenmörder in aller Kürze zum Besten gibt. Sollte er etwa befürchten, daß sich bei einer etwa dadurch heraufbeschworenen — den Vertretern des Schwundgeldes höchst wünschenswerten — Polemik über diesen mehr als interessanten Gegenstand, die durch ihn vertretene Anschauung als unhaltbar erweisen würde? Solche Befürchtung wäre jedenfalls nicht unbegründet; denn ich behaupte, daß die Vertreter des „Schwundgeldes“ bis dato die einzigen sind, die den Zins bis zu seinem Ursprung in der Streikfähigkeit des goldverbundenen kapitalistischen Geldes verfolgt und als Ursache des allgemeinen Mangels erkannt haben, oder doch wenigstens aus dieser Erkenntnis kein Geheimnis machen. Die einzigen, die wissen und es wissen lassen, daß dieser zinsgeborene allgemeine Mangel das unumgänglich notwendige Lebenselement des Zinses ist; daß sich dieses perverse Scheufal am allgemeinen Mangel mästet und bei allgemeinem Wohlstand elendiglich verhungern muß. Dieserhalb hat auch der Kapitalismus (die Zinswirtschaft), als obligate Mangelwirtschaft, nichts, aber auch gar nichts zu fürchten, als eine Verallgemeinerung des Wohlstandes, wie sie einzig und allein durch Freiwirtschaft ermöglicht werden kann. Aus diesem Grunde hat auch der Kapitalismus in der Freiwirtschaft seinen einzigen ernst zu nehmenden Feind und braucht selbst den stärksten und rücksichtslosesten Gegner nicht zu fürchten, der sich einbildet, die „Brechung der Zinsknechtschaft“ mit Gewalt, (etwa mit Hilfe drakonischer Strafandrohungen) durchzuführen zu können. Solches haben schon Moses, die Imperatoren und die Päpste wiederholt versucht: immer wieder mit demselben, negativen Erfolg. Denn selbst die Androhung der Todesstrafe für jegliches Zinsnehmen könnte keinesfalls verhindern, daß ausgesprochene Zinswuchergeschäfte vor aller Augen abgeschlossen werden. Um das zu begreifen, stelle man sich bloß einmal vor, daß jemand, der dringend Leihgeld benötigt, sich mit einem Kapitalisten in einem Kaffeehause zusammensetzt, von dem er annehmen kann, daß er ihm Geld gegen 20% Jahreszins

auf Wechsel leihen würde; was ihm angesichts seiner bedrängten Lage konvenieren würde. Er bittet den Kapitalisten um ein Darlehen von (sagen wir:) 10.000 RM. Dieser schiebt ihm bereitwillig einen Wechsel, fällig nach einem Jahre, über die genannte Summe zu. Der Geldbedürftige unterschreibt; worauf ihm der Verleiher eine Anzahl Banknoten aushändigt. Der Geldbedürftige zahlt nach. Es sind zwar im Ganzen bloß 8000 RM., aber er — der weiß, daß der Verleiher 2000 RM. als Zinsen im voraus eingehalten hat — findet, daß es volle 10 000 RM. seien und steckt sie mit einem schönen Dank für das hochherzige „zinsfreie“ Darlehen ein. Das Wuchergeschäft ist abgeschlossen und er muß bei Präsentierung des Wechsels die ganze Summe bezahlen. Irgendwelches Risiko gegenüber dem Gesetz besteht dabei überhaupt nicht, denn jeder der Beiden kann sich ja verzählt haben. Das Verbrechen eines Zinswuchers, ja auch nur eines Zinsnehmers, ist keinesfalls nachweisbar. Auch eine etwaige gesetzliche Forderung, die sich auf das Beisein von Zeugen zc. beziehen würde, hätte bloß zur Folge, daß sich der Zins für Darlehen infolge der Erhöhung des Risikos und etwa notwendig werdender Bestechungssummen, noch bedeutend erhöhen würde; das ganze legale Bankwesen aber wäre unmöglich gemacht, weil unter solchen Umständen sämtliche Leihgeschäfte zu Gunsten der Wucherer auf private Wege abgeleitet würden. (Man denke hier einmal bloß an die Wirkung der amerikanischen Prohibitions-gesetze).

Darum wage ich dreist zu behaupten, daß es unter allen Umständen Zins geben wird, solange es noch jemand gibt, der geneigt ist, Zins zu bezahlen; und daß darum nur sich verallgemeinernder Wohlstand, der wiederum nur auf Kosten des Zinses möglich ist, den letzteren allmählich zum Verschwinden bringen kann; und wiederhole nochmals, daß keine, noch so drakonischen Strafen dem Zins etwas anhaben können, der auch in einem Meer von Blut und Tränen leben kann, wie der Fisch im Wasser; wäre er doch sonst schon an den Auswirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems längst zugrunde gegangen. Der Autor würde darum besser daran tun, dieses Problem mit mehr Sorgfalt und gutem Willen zu behandeln; in gebührender Würdigung dessen, daß wohl dem Zins, nicht aber den Zinsnehmern, in jeglichem Element — mit einziger Ausnahme des allgemeinen Wohlstandes — ein ewiges Wohlleben beschieden ist; daß vielmehr dieses letztere Element auch das Wohlergehen der heutigen Zinsnehmer — wie das aller übrigen Sterblichen — auf die Dauer viel sicherer und besser gewährleisten würde, als das Lebenselement des Zinses.

Da ich im Vorstehenden von einem allmählichen, gänzlichen Verschwinden des Zinses infolge Anwendung der freiwirtschaftlichen Maßnahmen gesprochen habe, so muß ich nunmehr — um die Möglichkeit von Mißverständnissen auszuschließen — ausdrücklich betonen, daß dabei ausschließlich vom eigentlichen (Netto)-Zins die Rede war; denn die Verwaltungskosten, sowie die Risikoprämie, die unter der irreführenden Bezeichnung „Bruttoszins“ mitverstanden werden, trotzdem sie ihrem Wesen nach mit dem eigentlichen (Netto)-Zins nicht das geringste gemein haben, werden von den freiwirtschaftlichen Maßnahmen höchstens im Sinne einer konkurrenzbedingten Herabminderung betroffen; werden also z. B. im Bankwesen weiter bestehen bleiben; und zwar: die Verwaltungskosten zu Lasten der Einleger, die Risikoprämie zu Lasten der Darlehensempfänger.

Nur darauf sei hingewiesen, daß das Schwundgeld der Notenbank keineswegs eine Regelung der Umlaufgeschwindigkeit ermöglicht.

Ohne gleichzeitige Anwendung der Indexwährung nebst freispielandem Wechselkurs allerdings nicht. Bei gleichzeitiger Anwendung auch dieser

beiden Maßnahmen aber um so gewisser. Darum will mir scheinen, als ob hauptsächlich die Rücksicht auf den von uns angeblich so sehr mißverstandenen Zins, der Notenbank die Regelung der Umlaufgeschwindigkeit durch Anwendung der (sicheren Erfolg versprechenden) freiwirtschaftlichen Maßnahmen bis zur Unmöglichkeit erschwert.

Es würde zwar ohne Zweifel jedermann sehen, dieses fragwürdige Geld möglichst rasch wieder los zu bekommen. Daraus würde sich die Tendenz einer starken Preissteigerung ergeben.

, die sich aber bei Indexwährung (zu Lasten des Zinses) nur an den Arbeitslöhnen — bis zu deren Verdoppelung — auswirken könnte und würde.

Die Frage aber, wie rasch das Geld umläuft, ist damit noch lange nicht beantwortet;

Diese Frage kann — wie schon gesagt — ohne Schaden unbeantwortet bleiben.

denn die Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit würde sich nach dem Tempo der Preissteigerung richten.

O nein! Denn eine Preissteigerung ist doch bei Indexwährung unmöglich. Darum würde sich die Umlaufgeschwindigkeit einzig und allein nach der Schwere der Bargeldbesitzsteuer (-drohung) richten.

Zu welch' wahnwitzigem Tempo aber die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes dann wachsen kann, haben wir in der Inflationszeit am eigenen Leibe erfahren.

Allerdings! Aber nur, weil die damaligen Leiter der Reichsbank entweder in Währungsfragen unverantwortlich unwissend, oder aber — wenn das nicht — dann Verbrecher an der Wohlfahrt des deutschen Volkes waren, für die eine gerechte Strafe auszusinnen gar nicht möglich wäre.

Auch bedeutet das Schwundgeld keine „Brechung der Zinsknechtschaft“,

Im Gegenteil! Es ist im Verein mit der Indexwährung und einem freispielenden Wechselkurs die einzig wirksame Maßnahme — wenn auch nicht zur sofortigen Brechung (denn eine solche kann es überhaupt nicht geben) — so doch zu einem allmählichen, gänzlichen und unwiderrüflichen Abbau der Zinsknechtschaft.

sondern im Grunde nur eine höchst ungerechte Verlagerung der Zinslast.

So?! Man sollte meinen, daß jede denkbare Verlagerung der Zinslast einen — verglichen mit dem heutigen — gerechteren Zustand herbei-

führen müßte; da diese kaum vorstellbare Last gegenwärtig zugunsten einer handvoll nichtsnutziger Rentnerdrehnen mit voller Wucht auf die Schultern des arbeitenden Volkes drückt.

Für denjenigen nämlich, der den „Schwund“ des Geldes zu tragen hat, ist er einem Zinsabzug gleichbedeutend.

Der Vergleich des Schwundes mit dem Zins, als etwas wesentlich Anderem, ist irreführend und darum unstatthaft. Der Schwund hat mit Zins auch nicht das allergeringste gemein; ist vielmehr eine Steuer für den Besitz von Geldzeichen, deren einzige Bestimmung es ist, eine arbeitsteilige Wirtschaft (Zivilisation und Kultur) zu ermöglichen, indem sie den Austausch von Gütern und Leistungen weitestgehend erleichtern. Diese Steuer muß darum so beschaffen sein, daß sie sich bei mißbräuchlichem Hamstern von Geldzeichen (Verschätzen von Bargeld) als stets angemessene Strafe auswirkt. Andererseits kann sich jedermann durch soziales Verhalten mit dem Bargeld, d. h. durch möglichst rasche Weitergabe der Geldzeichen im Zahl-, Kauf- oder Kreditwege, dieser Steuer bis auf ein Minimum entziehen. Auch bedeutet die Bargeldbesitzsteuer keineswegs notwendig einen Zuwachs der Gesamtsteuerlast, da ja der Staat durch ihren Ertrag in die Lage versetzt wird, alle anderen Steuern — mit Ausnahme der Bodensteuer, der gleicherweise wichtige soziale Funktionen zufallen — gegebenenfalls bis auf Null herabzusetzen; ohne dadurch sein Budget in Unordnung zu bringen.

Während aber den Zins derjenige zu tragen hat, der mit dem aufgenommenen Kredit arbeitet, mit ihm Erträge erwirtschaftet, zahlt den Schwund der jeweilige oder gar der letzte, zufällige Besitzer einer Banknote.

Zins zahlt heute beiseite nicht nur der Darlehensnehmer, sondern jeder, der irgend eine Ware kauft; da ein Zinsfuß von fünf Prozent eine durchschnittliche Wertenerung aller Waren um ca. fünfzig Prozent bedingt. Ist das den Herren von der Reichsbank wirklich unbekannt? Uebrigens mag jeder selbst dafür Sorge tragen, daß er an den Stichtagen der Bargeldbesitzsteuer möglichst wenig Bargeld in seinem Besitz habe. Durch solches Bestreben, mit dessen Allgemeingültigkeit man sicher rechnen kann, kommen ja die segensreichen Wirkungen des sogenannten „Schwundgeldes“ zustande.

Uebrigens würde die Schwundnote logischerweise auch ein Schwundguthaben bei den Banken, Sparkassen usw. bedingen,

Das ist keineswegs erforderlich. Im Gegenteil: es darf nicht sein; weil durch eine derart unsinnige Maßnahme ganz überflüssigerweise jegliche Spartätigkeit unterbunden würde.

was praktisch undurchführbar wäre und den Sinn des Kredits- und der Sparbildung geradezu in sein Gegenteil verkehren müßte.

Was das Sparen anbelangt, so möchte ich wissen, wie viel der heutige Arbeiter bestenfalls von seinem Hungerlohn ersparen könnte? Ob es wohl soviel sein kann, daß er vom Bestehen eines Zinses — wäre derselbe auch noch so hoch — irgend welchen Nutzen haben könnte? Oder gar, daß er jemals in die Lage kommen könnte, von den Zinsen seiner Ersparnisse leben zu können? Ich glaube, diese Fragen beantworten sich selber mit nein. Wenn er aber einmal, nach Verschwinden des Zinses infolge Anwendung der freiwirtschaftlichen Maßnahmen, bei heutigen Preisen doppelt so viel verdienen wird, als wie bisher, dann wird er bei einer Lebenshaltung, die seinen ganzen heutigen Lohn verschlingen würde, in vierzig Arbeitsjahren so viel ersparen können, daß er ohne jedes Zinsertragnis seiner Ersparnisse weitere vierzig Jahre ohne Arbeit bei gleichbleibender Lebenshaltung auskommen kann, indem er seine Ersparnisse ratenweise abberuft und verbraucht.

Auch in der Praxis hat sich oft genug gezeigt, daß die Macht der Notenbank längst nicht soweit reicht, als dies vielfach angenommen wird.

Wenn das vielleicht auch nicht, so ist sie immerhin vorderhand von der Allmacht nicht eben weit entfernt. Ohnmächtig ist sie bloß der fatalen Eigengesetzlichkeit der Goldwährung gegenüber.

Die Bank von England hat sich z. B. von der Stabilisierung des Pfundes bis zur letzten Krise dauernd bemüht, das englische Preisniveau, das als zu hoch angesehen wurde, zu senken. Der Erfolg ist ihr aber versagt geblieben.

Weil eben auch die Bank von England vom unbeherrschbaren — weil streikfähigen — goldgebundenen, kapitalistischen Geld beherrscht wurde. Hätte sie unter Freigabe des Wechselkurses schon damals die Inderwährung und außerdem eine Besteuerung (Schwundgeld) oder auch nur Steuerbedrohung des Bargeldbesitzes eingeführt, dann hätte sie das englische Preisniveau mit Leichtigkeit auf jede beliebige Höhe einstellen und auf derselben erhalten können.

Ein anderes Beispiel aus der Neuzeit weist auf ein neues Problem hin. Die amerikanischen Notenbanken haben in den Jahren 1922—28 das Preisniveau tatsächlich annähernd stabil gehalten.

Und zwar mit Hilfe einer Inderwährung; leider ohne Umlaufzwang für den Dollar. Darum mußte die Krise kommen.

Daraus wird ihnen heute verschiedentlich ein schwerer Vorwurf gemacht.

Von wem?

Man sagt, in der Nachkriegszeit sei die Industrie durch großen Kapitalaufwand, durch technische Ver-

besserungen und neuzeitliche Arbeitsmethoden weitgehend rationalisiert worden.

Das bedeutete bei kapitalistischer Wirtschaft allerdings eine schwere Gefahr; die aber bei Freiwirtschaft keineswegs damit verbunden gewesen wäre; weil letztere den Absatz auch der denkbar größten Produktion im Inland gewährleistet hätte.

In Auswirkung dieser Rationalisierung hätten die Preise sinken müssen; denn es sei ja der tiefere Sinn des Ersatzes von Menschen- durch Maschinenkraft, daß durch billigere Preise ein reichlicherer Güterverbrauch ermöglicht werde.

Der tiefere Sinn des Ersatzes von Menschen- durch Maschinenkraft ist nicht eine Herabsetzung der Preise, sondern eine Steigerung der Arbeitslöhne bei gleichbleibendem Preisstand.

Die Vorbedingung reichlichen Güterverbrauches, ein richtiges Verhältnis zwischen Konsumkraft und Kaufkraft (Zahlkraft) der Bevölkerung, ist eben bei kapitalistischer Wirtschaft niemals gegeben, weil die Hälfte des Volkseinkommens in die Taschen einiger weniger Rentner fließt, deren Konsumkraft im Verhältnis zu ihrer Kaufkraft verschwindend gering ist; während die andere — womöglich kleinere — Hälfte sich auf die, nach Millionen zählenden Arbeiter der Stirne und der Faust verteilt, deren Kaufkraft infolgedessen weit hinter ihrer Konsumkraft zurückbleibt. Die unausbleibliche Folge dieses doppelten Mißverhältnisses, das nur durch Ausschaltung jeglichen arbeitslosen Einkommens und Vergütung des vollen Arbeitsertrages an die Arbeiter ausgeglichen werden kann, ist jene vielbeklagte Erscheinung, die von der einen Seite betrachtet, als Ueberproduktion, von der anderen Seite betrachtet, als Unterkonsum erscheint. Sie führt mit Notwendigkeit auf dem Wege einer Ueberhöhung der Zollschranken bis zu nahezu autarkischer Abriegelung der kapitalistischen Staaten gegeneinander und im weiteren Verlauf — namentlich bei koloniearmen Staaten — alsbald zu wachsender Arbeitslosigkeit, deren unvermeidliche Auswirkung (bei Fortbestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems) Krieg oder Revolution ist.

Verschwindet aber infolge der schon oft zitierten freiwirtschaftlichen Maßnahmen der Zins, sodaß sich das gesamte Volkseinkommen nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungen ziemlich gleichmäßig auf die, alsdann in ihrer Gesamtheit arbeitende und daher entsprechend konsumfähige Bevölkerung verteilt, dann kann jederzeit die gesamte Produktion — ohne Rücksicht auf deren Ausmaß — im Inland abgesetzt werden. Die gegenwärtig so gefährdend wachsenden Zollschranken fallen (als überflüssig) weg, Arbeitslosigkeit gibt es nicht mehr und demnach — aus wirtschaftlichen Ursachen — auch keine Kriege und Revolutionen mehr.

Diese Schlußfolgerung, der eine innere Berechtigung gewiß nicht abzusprechen ist, führt auf einen neuen Konstruktionsfehler der Inderwährung.

Das heißt, der damaligen amerikanischen Inderwährung; der dieser tatsächlich anhaftende Konstruktionsfehler, der — nebenbei bemerkt — der Goldwährung so wesenseigen ist, daß sie sich überhaupt niemals davon

befreien kann, ohne sich selber aufzugeben, bestand einfach darin, daß nicht gleichzeitig unter Freigabe des Wechselkurses ein Umlaufzwang für den Dollar eingeführt wurde. Wäre das rechtzeitig geschehen, dann hätte das Blühen der amerikanischen Wirtschaft kein Ende genommen; selbst nicht, wenn alle übrigen Staaten der Welt, die seinem Beispiel nicht gefolgt wären, zu Grunde gegangen wären. Denn bei Freiwirtschaft könnte Amerika jederzeit vollkommen autark leben.

Die Höhe der Preise ist nämlich durchaus nicht ausschließlich auf die Geldversorgung zurückzuführen, sondern sie ist in hohem Maße von Faktoren abhängig, die außerhalb der Geldsphäre liegen, wie von technischen Fortschritten, Art der Kapitalverwendung, Monopolbildungen, Ernteergebnissen usw.

Das stimmt nicht; denn wenn das Warenangebot infolge technischer Fortschritte zunimmt, sodaß die Preise abwärts tendieren, so wird eben die umlaufende (Schwund-) Geldmenge soweit vermehrt, daß infolge der zunehmenden Nachfrage die Preise nicht sinken können. Monopolbildungen, wie Kartelle zc. kann es nicht geben, wenn nahezu kostenloses Leihgeld stets im Ueberfluß zur Verfügung steht; infolge unrichtiger Kapitalverwendung, die immer nur eine sporadische Erscheinung bleiben wird, werden immer nur Einzelne zugrundegehen; und bei außergewöhnlichen Ernteergebnissen wird eben die umlaufende Geldmenge jeweils entsprechend vermehrt, bzw. vermindert, sodaß das richtige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage — und damit der allgemeine Preisstand — unverändert erhalten bleibt.

Durchgreifende Einwände gegen die Indexwährung ergeben sich auch von der praktischen Seite her. Es gibt Tausende von Preisen, wie will man die zweckmäßigsten auswählen?

Mit der dieser lebenswichtigen Sache angemessenen Sorgfalt.

Soll man die Großhandels- oder die Einzelhandelspreise, die Preise für Produktions- oder für Konsumgüter nehmen?

Die Großhandelspreise; weil diese am empfindlichsten reagieren und überhaupt in jeder Hinsicht einen brauchbaren gewogenen Index abgeben können.

Wie soll man die Preise von Waren, die selten umgesetzt werden, mit den Waren des täglichen Bedarfs in die richtige Beziehung setzen?

Waren, die in geringen Mengen selten umgesetzt werden, haben auf den allgemeinen Preisstand praktisch keinen Einfluß; können also diesfalls unberücksichtigt bleiben.

Wie soll man die kartellmäßig gebundenen Preise bewerten?

Kartelle kann es — wie gesagt — keine geben und darum auch keine kartellmäßig gebundenen Preise.

Wie soll man schließlich überhaupt den richtigen Index aufstellen, nachdem es ein paar Duzend verschiedener Berechnungsmethoden gibt?

Man wird eben zunächst nach den besten der bisher bekannten Berechnungsmethoden vorgehen und diese weiter verbessern.

Es ließe sich noch eine ganze Reihe von Gegenständen aufzuführen, wir glauben aber darauf verzichten zu können.

Nachdem kaum anzunehmen ist, daß die im Vorstehenden nicht laut gewordenen Einwände des Autors stichhaltiger seien, als die ausdrücklich angeführten, so kann wohl darüber zur Tagesordnung übergegangen werden.

Die Idee der Indexwährung hat den richtigen und schon längst in der Notenbankpraxis eingebürgerten Gedanken, daß die Währungspolitik die Preisentwicklung beachten muß, auf die Spitze getrieben. Sie glaubt, einer heute weitverbreiteten Ueberschätzung technischer Möglichkeiten nachgebend, mit mathematischen Berechnungen vom grünen Tisch die Wirklichkeit regieren zu können.

Dieser Satz gibt einem Konservatismus Ausdruck, der sich z. B. auf dem Gebiete der Meteorologie mit einer laischen Beobachtung der Witterungsverhältnisse begnügen und darum die modernen technischen Hilfsmittel wissenschaftlicher Wetterbeobachtung verwerfen würde; und der darum als rückständig bezeichnet zu werden verdient.

Es ist ein Segen für die Währung, wie für die Wirtschaft, daß solche Spekulationen auf unüberwindliche Schwierigkeiten in ihrer praktischen Durchführung stoßen müssen.

Die einzigen unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich der praktischen Durchführung der freiwirtschaftlichen Maßnahmen noch entgegenstellen, sind diejenigen, die von den Herren der Notenbanken und deren Schildträgern gemacht werden. Man wird sie zu beseitigen wissen!